

Leserbrief „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“

Eidg. Abstimmung 28.2.2015

So funktioniert Spekulation

Sie alle kennen das ärgerliche Spiel: Ein beliebtes Konzert ist in kurzer Zeit nach Eröffnung des Vorverkaufs ausverkauft. Warum? Schlaue Leute kaufen Tickets, obwohl sie das Konzert gar nicht besuchen wollen. Sie hamstern Tickets und spekulieren auf eine grosse Nachfrage. Tatsächlich, die Preise steigen. Wer das Konzert besuchen will, muss tief in die Tasche greifen. Die Spekulanten freut es. Genau so funktioniert auch die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Doch bereits bei einem kleinen Preisanstieg können sich viele Familien in den Entwicklungsländern die Nahrungsmittel nicht mehr leisten. Hunger und Armut sind die Folge. Ein Prozent Preisanstieg bedeutet 16 Millionen mehr Hungernde auf unserer Erde. Das dürfen wir nicht zulassen.

In der Schweiz tragen wir in diesem Spiel eine Verantwortung. Die Schweiz ist ein wichtiger Handelsplatz für Rohstoffe. Die Nahrungsmittelspekulation ist nur ein kleiner Teil dieses Handels. Mit einem Verbot der schädlichen Spekulation mit Nahrungsmitteln gefährden wir den Handelsplatz Schweiz keineswegs. In vielen Ländern aber wird Nahrungsmittelspekulation nicht mehr toleriert. Denn die Kritik an dieser Spekulation ist stichhaltiger als Wirtschaftskrise sie wahrhaben wollen. Die G20-Länder arbeiteten dazu unlängst Empfehlungen aus. Die EU und die USA haben die Problematik ebenfalls erkannt und entsprechende Regulierungen beschlossen. Die Schweiz darf nicht zur Drehscheibe der schädlichen Spekulation werden. Dazu braucht es keine komplizierten regeln. Einfach und unbürokratisch kann das geschehen.

Bäuerliche und kirchliche Kreise befürworten diese Initiative. Das ist auch ein ethisches Zugeständnis. Wir dürfen nicht alles dem Wirtschaftswachstum unterordnen. Mit Essen spielt man nicht. Wer aus Profitgründen zulässt, dass mit Lebensmitteln spekuliert wird, macht sich mitschuldig am Hunger von Millionen von Menschen. Deshalb JA zur Initiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“

26.1.2015, Martina Munz; Nationalrätin